

## **Hauptsatzung der Stadt Rinteln**

Aufgrund der §§ 6 und 7 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. 1996 S. 382) zuletzt geändert durch § 80 Abs. 1 des Gesetzes vom 05.06.2001 (Nds. GVBl. 2001, S. 348) hat der Rat der Stadt Rinteln in seiner Sitzung am 01.11.2001 folgende Hauptsatzung beschlossen:

### **§ 1**

#### **Bezeichnung, Name, Rechtsstellung**

- (1) Die Stadt führt die Bezeichnung und den Namen „Stadt Rinteln“.
- (2) Die Landesregierung hat ihr durch Beschluss vom 17. Juli 1979 mit Wirkung vom 01. Oktober 1979 die Rechtsstellung einer „selbständigen Gemeinde“ verliehen.

### **§ 2**

#### **Wappen, Flagge, Dienstsiegel**

- (1) Das Wappen der Stadt stellt dar: „Über einem blau-silbernen Fluss im Schildfuß eine dreitürmige silberne Burg im roten Felde, im Tor auf Rot ein silbernes Nesselblatt“.
- (2) Die Farben der Stadt Rinteln sind „weiß und rot“.
- (3) Das Dienstsiegel enthält das Wappen und die Umschrift „Stadt Rinteln“.
- (4) Die den ehemaligen Gemeinden, die nunmehr Ortsteile der Stadt Rinteln sind, verliehenen Wappen und Farben dürfen innerhalb des jeweiligen Ortsteiles als örtliches Symbol weitergeführt werden, insbesondere bei Anlässen feierlicher oder sonst repräsentativer Art.
- (5) Eine Verwendung des Wappens und des Namens der Stadt oder ihrer Ortsteile zu Werbezwecken ist nur mit Genehmigung der Stadt zulässig.

### **§ 3**

#### **Ratszuständigkeit**

- (1) Über Rechtsgeschäfte nach § 40 Abs. 1 Nr. 11 NGO beschließt der Rat, wenn der Vermögenswert 80.000,-- EURO übersteigt.
- (2) Über Verträge der Stadt nach § 40 Abs. 1 Nr. 18 NGO mit Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen und von Ortsräten oder mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister beschließt der Rat, es sei denn, dass es sich um Verträge aufgrund einer förmlichen Ausschreibung oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, deren Vermögenswert 3.000,-- EURO nicht übersteigt.

### **§ 4**

#### **Teilnahme an Sitzungen des Verwaltungsausschusses**

Jede Ratsfrau und jeder Ratsherr ist berechtigt, an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses als ZuhörerIn oder Zuhörer teilzunehmen.

## § 5 Ortsräte

- (1) Die am 01. März 1974 eingegliederten Gemeinden bilden jeweils einen Gemeindeteil (Ortsteil). Die Gemeindeteile werden wie folgt benannt:

Stadt Rinteln Ortsteil Ahe  
 Stadt Rinteln Ortsteil Deckbergen  
 Stadt Rinteln Ortsteil Engern  
 Stadt Rinteln Ortsteil Exten  
 Stadt Rinteln Ortsteil Friedrichswald  
 Stadt Rinteln Ortsteil Goldbeck  
 Stadt Rinteln Ortsteil Hohenrode  
 Stadt Rinteln Ortsteil Kohlenstädt  
 Stadt Rinteln Ortsteil Krankenhagen  
 Stadt Rinteln Ortsteil Möllenbeck  
 Stadt Rinteln Ortsteil Schaumburg  
 Stadt Rinteln Ortsteil Steinbergen  
 Stadt Rinteln Ortsteil Strücken  
 Stadt Rinteln Ortsteil Todenmann  
 Stadt Rinteln Ortsteil Uchtdorf  
 Stadt Rinteln Ortsteil Volksen  
 Stadt Rinteln Ortsteil Wennenkamp  
 Stadt Rinteln Ortsteil Westendorf

- (2) Die Stadt Rinteln gliedert sich in folgende Ortschaften mit Ortsrat:

Deckbergen-Schaumburg-Westendorf  
 Ahe-Engern-Kohlenstädt  
 Steinbergen  
 Todenmann  
 Möllenbeck  
 Exten  
 Taubenberg (umfassend die Ortsteile Uchtdorf, Friedrichswald,  
 Wennenkamp, Goldbeck)  
 Krankenhagen-Volksen  
 Hohenrode-Strücken  
 Rinteln

- (3) Die Zahl der Mitglieder des Orsrates beträgt für die Ortschaft

Deckbergen-Schaumburg-Westendorf	9
Ahe-Engern-Kohlenstädt	7
Steinbergen	9
Todenmann	7
Möllenbeck	7
Exten	7
Taubenberg	7
Krankenhagen-Volksen	9
Hohenrode-Strücken	7
Rinteln	11

- (4) Ratsmitglieder, die in einer Ortschaft wohnen oder in deren Wahlbereich die Ortschaft ganz oder teilweise liegt, gehören dem Ortsrat mit beratender Stimme an.

- (5) Soweit es sich nicht im Einzelfall um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt, werden dem Ortsrat neben den in § 55 g Abs. 1 NGO genannten Aufgaben folgende Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises zur Entscheidung übertragen:
1. Pflege der örtlichen Geschichte
  2. Unterhaltung von Denkmälern
- (6) Soweit es sich nicht im Einzelfall um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt, besteht neben den in § 55 g Abs. 3 genannten Angelegenheiten vor Beschlussfassung des Rates oder des Verwaltungsausschusses ein Anhörungsrecht in folgenden Angelegenheiten:
1. Ernennung der Ortsbrandmeisterinnen oder der Ortsbrandmeister
  2. Haushaltsplanberatungen
  3. Besetzung von Schulleiterinnenstellen oder Schulleiterstellen an den Grundschulen in den Ortschaften
  4. Einstellung von Leiterinnen oder Leitern von Kindertagesstätten in den Ortschaften
  5. die Landwirtschaft betreffenden Angelegenheiten, insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur
  6. Vorschlag von Personen für die Ernennung zur Verwaltungsstellenleiterin oder zum Verwaltungsstellenleiter

## **§ 6 Verwaltungsstellen**

- (1) In den Ortsteilen werden Verwaltungsstellen eingerichtet, deren Leitung ehrenamtlich wahrgenommen wird. Im Ortsteil Rinteln werden diese Tätigkeiten durch die Verwaltung der Stadt Rinteln wahrgenommen.
- (2) Die Aufgaben der Verwaltungsstellen bestehen hauptsächlich in der Unterstützung der Stadtverwaltung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

In Betracht kommen hier insbesondere

- die Beratung der Einwohnerinnen und Einwohner
- die Entgegennahme von Anträgen und Weiterleitung an die Stadtverwaltung
- Hilfeleistung bei der Antragstellung
- Veranlassung von notwendigen Maßnahmen in den Fällen, in denen die

Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben unaufschiebbar ist, und die Stadtverwaltung nicht mehr rechtzeitig tätig werden kann.

- (3) Die Verwaltungsstellen halten regelmäßig Sprechstunden ab, deren Zeiten im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister festgesetzt werden.
- (4) Die Verwaltungsstellenleiterinnen oder Verwaltungsstellenleiter werden auf Vorschlag des jeweiligen Orsrates vom Rat der Stadt Rinteln unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Dauer der Kommunalwahlperiode ernannt.
- (5) Die Verwaltungsstellenleiterinnen oder Verwaltungsstellenleiter erhalten für ihre Tätigkeit eine Entschädigung, deren Höhe durch Satzung festgesetzt wird.
- (6) Ernante Verwaltungsstellenleiterinnen oder Verwaltungsstellenleiter bleiben bis zum Ablauf der Wahlperiode im Amt.

## **§ 7**

### **Hilfsfunktionen der Ortsbürgermeisterin oder des Ortsbürgermeisters**

- (1) Die Ortsbürgermeisterin oder der Ortsbürgermeister erfüllt Hilfsfunktionen für die Stadtverwaltung, sofern sie oder er die Übernahme nicht ablehnt.
- (2) Die Übernahme von Hilfsfunktionen durch die Ortsbürgermeisterin oder den Ortsbürgermeister ist auf den Ortsteil beschränkt, in dem sie oder er wohnt, solange in den übrigen Ortsteilen der Ortschaft Verwaltungsstellen bestehen.
- (3) Der Umfang der Hilfsfunktionen entspricht dem der Aufgaben der Verwaltungsstelle (§ 6).

## **§ 8**

### **Bürgermeisterin oder Bürgermeister**

- (1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister vertritt die Stadt Rinteln in den Organen der wirtschaftlichen Unternehmen, Stiftungen und anderen Einrichtungen, soweit der Rat keine besondere Regelung getroffen hat. § 111 Abs. 2 NGO ist zu beachten.
- (2) Rechtsgeschäfte, die einen Vermögenswert von 35.000,-- EURO nicht übersteigen, sind Geschäfte der laufenden Verwaltung (§ 62 Abs. 1 Nr. 6 NGO). Dies gilt auch für die Ortschaften.

## **§ 9**

### **Beamtinnen und Beamte auf Zeit**

- (1) Außer der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister wird die allgemeine Vertreterin oder der allgemeine Vertreter als Erste Stadträtin oder als Erster Stadtrat in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Sie/Er gehört dem Verwaltungsausschuss mit beratender Stimme an.
- (2) Sind die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister und die Erste Stadträtin oder der Erste Stadtrat verhindert, so nimmt die Aufgaben der allgemeinen Vertretung die Leiterin oder der Leiter des Dezernats III wahr.

## **§ 10**

### **Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters**

- (1) Der Rat wählt in seiner ersten Sitzung aus den Beigeordneten zwei ehrenamtliche Vertreterinnen oder Vertreter des Bürgermeisters.
- (2) Der Rat beschließt über die Reihenfolge der Vertretung, sofern eine solche bestehen soll. Soll eine Reihenfolge bestehen, so führen die Vertreterinnen und Vertreter die Bezeichnung stellvertretende Bürgermeisterin oder stellvertretender Bürgermeister mit einem Zusatz, aus dem sich die Reihenfolge ergibt.

## **§ 11**

### **Anregungen und Beschwerden**

- (1) Werden Anregungen oder Beschwerden im Sinne des § 22 c NGO von mehreren Personen bei der Stadt gemeinschaftlich eingereicht, so haben sie eine Person zu benennen, die sie gegenüber der Stadt vertritt. Bei mehr als fünf Antragstellerinnen oder Antragstellern können bis zu zwei Vertreterinnen oder Vertreter benannt werden.

- (2) Den Antragstellerinnen oder Antragstellern kann aufgegeben werden, den Antrag in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Zahl vorzulegen.
- (3) Die Beratung kann zurückgestellt werden, solange den Anforderungen der Abs. 1 und 2 nicht entsprochen ist.
- (4) Anregungen oder Beschwerden, die keine Angelegenheit der Stadt Rinteln zum Gegenstand haben, sind nach Kenntnisnahme durch den Verwaltungsausschuss von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister ohne Beratung den Antragstellerinnen oder Antragstellern zurückzugeben. Dies gilt auch für Eingaben, die weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z.B. Fragen, Erklärungen, Absichten)
- (5) Anregungen oder Beschwerden, die ein gesetzwidriges Ziel verfolgen oder gegen die guten Sitten verstoßen, sind nach Kenntnisnahme durch den Verwaltungsausschuss ohne Beratung zurückzuweisen.
- (6) Die Beratung eines Antrages kann abgelehnt werden, wenn das Antragsbegehren Gegenstand eines noch nicht abgeschlossenen Rechtsbehelfs- oder Rechtsmittelverfahrens oder eines laufenden Bürgerbegehrens oder Bürgerentscheides ist oder gegenüber bereits erfolgter Anregungen oder Beschwerden kein neues Sachvorbringen enthält.
- (7) Die Erledigung der Anregungen und Beschwerden wird dem Verwaltungsausschuss übertragen, sofern für die Angelegenheiten nicht der Rat gem. § 40 Abs. 1 NGO ausschließlich zuständig ist. Der Rat und der Verwaltungsausschuss können Anregungen oder Beschwerden zur Mitberatung an die zuständigen Fachausschüsse überweisen.

## **§ 12**

### **Bekanntmachungen, Einwohnerversammlungen**

- (1) Satzungen und Verordnungen sowie der Flächennutzungsplan werden im Amtsblatt für den Landkreis Schaumburg bekannt gemacht.
- (2) Sonstige öffentliche Bekanntmachungen erfolgen in der Tageszeitung „Schaumburger Zeitung“ und im Internet unter „www.rinteln.de“, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.
- (3) Sind Pläne, Karten Zeichnungen oder andere Anlagen selbst eine bekannt zu machende Angelegenheit oder Bestandteil einer bekannt zu machenden Angelegenheit oder eignet sich der bekannt zu machende Text wegen seines Umfangs nicht oder nicht in vollem Wortlaut zur Bekanntmachung, so kann diese durch Auslegung in einem Dienstgebäude der Stadtverwaltung Rinteln ersetzt werden. Auf die Auslegung wird unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung im Amtsblatt für den Landkreis Schaumburg hingewiesen. Bei sonstigen öffentlichen Bekanntmachungen gemäß Absatz 2 erfolgt dieser Hinweis in der Tageszeitung „Schaumburger Zeitung“ und im Internet unter „www.rinteln.de“. Die Dauer der Auslegung beträgt zwei Wochen, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist.
- (4) Bei Bedarf unterrichtet die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister die Einwohnerrinnen oder Einwohner durch Einwohnerversammlungen für die ganze Stadt, für Teile des Stadtgebietes, für Ortschaften oder für Ortsteile. Die Rechte der Ortsräte gemäß § 55 g Abs. 3 Satz 3 NGO bleiben unberührt. Zeit, Ort und Gegenstand der Einwohnerversammlungen sind gemäß Abs. 2 mindestens eine Woche vor der Veranstaltung öffentlich bekannt zu machen.

## **§ 13 Inkrafttreten**

Diese Hauptsatzung tritt am 01.11.2001 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Stadt Rinteln vom 25.09.1997 außer Kraft.

Rinteln, den 01.11.2001

**STADT RINTELN**  
**Buchholz**  
**Bürgermeister**

Die Hauptsatzung der Stadt Rinteln wurde am 28.11.2001 gemäß § 7 Abs. 2 der Nds. Gemeindeordnung vom Landkreis Schaumburg (AZ: 15 11 31/03) aufsichtsbehördlich genehmigt. Amtsblatt Reg. Bez. Hannover vom 19.12.2001

Wegen der Auflösung der Bezirksregierungen zum 01.01.05 wurde § 12 Abs. 1 mit der Ersten Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 09.12.2004 geändert. Die Änderung tritt zum 01.01.2005 in Kraft.

§ 10 Abs. 1 geändert aufgrund der zweiten Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 30.06.2005, Amtsblatt für den Landkreis Schaumburg Nr. 8/2005 vom 29.07.2005. In Kraft getreten: 12.08.2005.

§10 geändert aufgrund der dritten Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 02.11.2006. Mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten.

§ 5 Abs. 3 geändert aufgrund der 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 11.03.2010. Die Änderung tritt zum 01.11.2011 in Kraft.

§ 12 Abs. 2 und 3 geändert aufgrund der 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 11.03.2010. In Kraft getreten: 01.04.2010.